



Bundeskanzleramt
Herrn Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Berlin, 14. Juni 2023

Deutsch-Chinesische Regierungskonsultationen Anliegen von Menschenrechtsorganisationen

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

in Kürze finden in Berlin die 7. Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen statt. Wir, eine Gruppe von Menschenrechtsorganisationen, sind in großer Sorge über die dramatische Situation der Uigur*innen, Tibeter*innen, Hongkonger*innen, Mongol*innen, der Falun-Gong-Praktizierenden und chinesischen Menschenrechtsverteidiger*innen.

Die Regierungskonsultationen müssen die anhaltend aggressive Politik der Kommunistischen Partei Chinas in Ostturkistan, Tibet, Hongkong, der Südlichen Mongolei und in China mit Nachdruck thematisieren. Wir sehen die Bundesrepublik – als wichtigen Akteur in Europa und weltweit – in der Pflicht, die chinesische Regierung dazu zu drängen, internationale Menschenrechtsstandards und völkerrechtliche Verpflichtungen einzuhalten. Dabei kann es nicht bei formelhaften Erklärungen und allzu zurückhaltend vorgetragener Kritik an der Politik der Kommunistischen Partei bleiben, wie wir sie in der Vergangenheit oft zur Kenntnis nehmen mussten. Die Position der Bundesregierung sollte sichtbar, konkret und konsequent sein.

Wir sind ferner der Auffassung, dass das weitgehende Ausbleiben von spürbaren Konsequenzen für die chinesische Regierung aus ihrer andauernden, schon über Jahrzehnte stattfindenden repressiven Politik dazu geführt hat, dass sich die Kommunistische Partei darin bestärkt gefühlt hat, ihren harten Kurs im Inneren noch zu verstärken. Die Repressionen in Ostturkistan, in Tibet, Hongkong, in der Südmongolei, gegenüber Falun-Gong-Anhängern sowie gegenüber chinesischen Anwalt*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen sind ein Seismograph dafür, wie weit die Kommunistische Partei gehen will, auch in ihrer Außenpolitik. Dies spiegelt sich ganz offensichtlich wieder im aggressiven Hegemoniestreben der Partei in Südostasien und insbesondere gegenüber Taiwan. Folgerichtig strebt die chinesische Regierung auf internationaler Ebene auch eine Umdeutung anerkannter Menschenrechtsstandards an, die ihren Herrschaftsinteressen dienen soll.

Es sollte daher nicht nur im Sinne der Werte unseres Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, sondern auch im Eigeninteresse der Bundesrepublik sein, der repressiven Politik der KP, wo immer diese auftritt, mit Nachdruck entgegenzutreten. Die Regierungskonsultationen bieten dazu einen geeigneten Anlass.

Wir bitten die Bundesregierung daher insbesondere folgende Anliegen zu vertreten:

Ostturkistan

- Fordern Sie die chinesische Regierung mit Nachdruck dazu auf, den Genozid an den Uigur*innen und anderen Turkvölkern sofort zu beenden und die Empfehlungen des Berichts der Vereinten Nationen, der UN-Sonderverfahren und des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte umzusetzen;
- Setzen Sie sich für die sofortige Freilassung aller Uigur*innen und Angehörigen anderer Turkvölker ein, die willkürlich und nur wegen ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit ihrer Freiheit beraubt wurden, insbesondere der Uigur*innen Ilham Tohti, Qurban Mamut, Ekpar Asat und Gulshan Abbas;
- Fordern Sie die chinesische Regierung dazu auf, Informationen zum exakten Verbleib von Verwandten der in Deutschland lebenden Uigur*innen bereitzustellen und Familienzusammenführungen zu ermöglichen;
- Fordern Sie ein Ende der Zerstörung und Kriminalisierung der uigurischen Kultur in Ostturkistan, einschließlich Kulturstätten, Sprache, Religion und Lebensweise. Kindern und Jugendlichen muss der Zugang zur Bildung in uigurischer Sprache ohne Repressalien gewährt werden;
- Fordern Sie freien Zugang nach Ostturkistan für unabhängige Medien, für Expert*innen der Vereinten Nationen, für Diplomaten*innen, Parlamentarier*innen und Nichtregierungsorganisationen;
- Fordern Sie von der chinesischen Regierung die sofortige Rücknahme sämtlicher diskriminierender Gesetze, politischen Entscheidungen und Praktiken und die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards.

Tibet

- Unterstreichen Sie Ihre Forderung nach sofortiger Schließung der Zwangsinternate in Tibet und ein Ende der zwangsweisen Ansiedlung tibetischer Landbevölkerung, einschließlich Nomad*innen und Hirt*innen;
- Fordern Sie den Schutz tibetischer Kultur, einschließlich Sprache, Religion und Lebensweise, die Mitbestimmung von Tibeter*innen bei Umweltschutzmaßnahmen sowie ein Ende der sogenannten Sinisierungspolitik gegenüber Tibeter*innen;
- Fordern Sie die Freilassung von Tibeter*innen, die willkürlich und allein aufgrund ihres Eintretens für den Erhalt der tibetischen Kultur



oder ihrer friedlichen Meinungsäußerungen in Haft sind, insbesondere der Tibeter*innen Go Sherab Gyatso, Anya Sengdra, Rinchen Tsultrim, Dorjee Tashi und Yeshe Choedron;

- Fordern Sie freien Zugang nach Tibet für unabhängige Medien, für Expert*innen der Vereinten Nationen, für Diplomaten*innen, Parlamentarier*innen und Nichtregierungsorganisationen;
- Treten Sie ein für die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Vertreter*innen des Dalai Lama und der chinesischen Regierung.

Hongkong

- Fordern Sie die Freilassung aller politischen Gefangenen und Dissident*innen, die ohne Gerichtsverfahren inhaftiert wurden, insbesondere die Freilassung von den 47 pro-demokratischen Politikern sowie von Jimmy Lai, Joshua Wong und Tonyee Chow;
- Fordern Sie die tatsächliche Einhaltung des Prinzips "Ein Land, zwei Systeme";
- Fordern Sie die Rücknahme des "Nationalen Sicherheitsgesetzes", das Peking im Geheimen entworfen und ohne die Beteiligung des Hongkonger Parlaments durchgesetzt hat.

Südmongolei

- Fordern Sie den Schutz der mongolischen Kultur, insbesondere eine Rücknahme der seit 2020 begonnenen Zurückdrängung der mongolischen Sprache aus dem Schulunterricht;
- Fordern Sie ein Ende der Entführungen von südmongolischen Dissident*innen aus der Mongolei durch den chinesischen Staat, wie etwa jene des Autors Lhamjab Borjigin, der in der Mongolei Zuflucht gefunden hatte, und fordern Sie die Freilassung der Entführten.

Falun Gong

- Fordern Sie die sofortige Beendigung der Verfolgung von Falun Gong sowie die Freilassung aller in Arbeitslagern und Gefängnissen inhaftierten Falun-Gong-Praktizierenden;
- Fordern Sie von der chinesischen Regierung die Freiheit des religiösen Glaubens, gemäß Art. 36 der Verfassung der VR China;
- Fordern Sie die sofortige Beendigung der unethischen Praktik der Organentnahme an Gewissensgefangenen, insbesondere an Falun-Gong-Praktizierenden;
- Fordern Sie China auf, eine unabhängige Untersuchung von Missbrauch bei Organtransplantationen zu ermöglichen.

Chinesische Menschenrechtsverteidiger*innen

- Fordern Sie die Freilassung aller politischen Gefangenen und Menschenrechtsanwält*innen, insbesondere von Dr. Wang Binzhang, Guo Feixiong, Qin Yongmin, Gao Zhisheng, Xu Zhiyong und Ding Jiayi;



- Fordern Sie die Freilassung aller im Zuge des „White Paper Movements“ verhafteten Bürger*innen und Student*innen, etwa Peng Lifa, Li Kangmeng und anderen.

Taiwan

- Unterstreichen Sie, dass Deutschland keine gewaltsame Änderung des Status quo akzeptieren wird;
- Fordern Sie von der chinesischen Regierung, die täglichen militärischen Drohgebärden gegenüber Taiwan unverzüglich abzustellen;
- Fordern Sie, dass die chinesische Regierung ihre Bemühungen einstellt, Taiwan international zu isolieren, etwa in Organisationen wie der WHO;
- Fordern Sie, die Rechte taiwanischer Bürger zu achten und inhaftierte Taiwaner umgehend freizulassen, unter anderem den in chinesischer Haft befindlichen Verleger Li Yanhe.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die die Bundesregierung tragenden Parteien haben in ihrem Koalitionsvertrag erklärt, eine „umfassende China-Strategie“ für Deutschland zu erarbeiten. Wir sind der Hoffnung, dass die Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen ein konkreter Anlass sein können, eine werteorientierte, konkrete, sichtbare und konsequente Politik, die aus dieser Strategie erwächst, umzusetzen.

Hochachtungsvoll

Weltkongress der Uiguren
 Ilham Tohti Initiative
 Uigurische Gemeinde in Europa
 International Campaign for Tibet
 Tibet Initiative Deutschland
 Freiheit für Hongkong e.V.
 Hongkonger in Deutschland e.V.
 Gesellschaft für bedrohte Völker
 Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
 Sino Euro Voices e.V.
 Federation for a Democratic China
 Deutsch-Taiwanische Gesellschaft e.V.
 Junge Taiwan Initiative

